

Personalrat beim Landratsamt Ludwigsburg

07.09.2010
App. 2580

Herrn
Landrat Dr. Haas

ARGE

Hier: Optionskommune

Sehr geehrter Herr Landrat,

es ist dem Personalrat ein großes Anliegen, dass der Landkreis Optionskommune wird.

Folgende grundsätzliche Überlegungen sprechen für die Option, also für die Übernahme der Verantwortung durch den Landrat/Landkreis für die Aufgabenerledigung des SGB II:

- Bürgernahe, kundenorientierte Aufgabenerledigung
- Landkreis kann unabhängig über die zur Verfügung stehenden Mittel entscheiden.
- Größerer Gestaltungsspielraum, angepasst an die örtlichen Gegebenheiten, hier im Mittleren Neckarraum, der nicht vergleichbar ist, z.B. mit den Gegebenheiten in der Lüneburger Heide oder mit denen in Mecklenburg-Vorpommern.
- Bedarfsgerechter, auf unsere Kunden abgestimmter Einsatz der Haushaltsmittel
- Engerer Kontakt mit dem bereits bestehenden sozialen Netzwerk der freien Träger
- Landkreis kann entscheiden, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der ARGE beschäftigt werden
- Landkreis kann die Struktur der ARGE, angepasst an die realen Bedürfnisse, festlegen und eine eigene Organisation entwickeln, ohne dass diese auf alle ARGEN in Deutschland passen muss. Eine neue Organisation kann nach gewisser Zeit evaluiert und die Organisation kann entsprechend den Erkenntnissen angepasst werden. Wir stellen uns dabei das Bild eines flexiblen Rennbootes im Vergleich zu einem unbeweglichen Ozeandampfer vor.

Hinzu kommen aus der Sicht der in der ARGE Beschäftigten (LRA und Agentur für Arbeit) unbefriedigende Rahmenbedingungen wegen unterschiedlicher

- Arbeitsverträge, Tarifverträge, Bezahlung für gleiche Leistung,
- Arbeitszeitregelungen,
- „Firmenphilosophie“ Leitbild,
- beruflicher Voraussetzungen.

Zum besseren Verständnis und zur weiteren Begründung hier noch wenige Beispiele, die uns von den Kolleginnen und Kollegen berichtet wurden:

- Aufgrund zu vieler Verwaltungsebenen, (interner Service, Regionaldirektion, Zentrale Nürnberg) dauern die Entscheidungswege bei der Agentur für Arbeit sehr lang.
- Die ARGE darf derzeit nicht agieren, sondern nur auf die Aufforderungen der Zentrale in Nürnberg reagieren.
- Vorschläge und Ideen werden derzeit nicht umgesetzt, da alles zentral organisiert ist. Was in Hamburg gut ist, muss noch lange nicht in Ludwigsburg sinnvoll sein.
- Integrationsmaßnahmen oder Kurse werden bei den Bildungsträgern eingekauft. Das heißt beispielsweise 50 Bewerbungstrainings, 50 Englisch Kurse, 50 Industriekaufmannkurse, 50 Eingliederungsmaßnahmen von Hausfrauen.....
Problem: Dann müssen diese Plätze belegt werden. Manche Kunden beschwerten sich, dass sie schon drei Bewerbertrainings absolvieren mussten, ansonsten wird sanktioniert. Oder es soll ein Englischkurs besucht werden, obwohl Kunde 13 Punkte im Leistungskurs/Oberstufe Gymnasium hatte.
- Das Vermittlungssystem ist wenig flexibel und sollte mehr kundenorientiert sein. Hier sollte die Möglichkeit bestehen, einen Kurs ggf. bei einem externen Träger zu buchen. Die Maßnahme sollte vor allem kundenbezogen – das heißt einzelfallbezogen sein, so dass die Maßnahme zielführend ist und die künftigen Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöht werden.
- Eingeplante Haushaltsmittel in einem Haushaltsjahr zum Beispiel für Integration von Arbeitslosen müssen im gleichen Haushaltsjahr ausgegeben werden, auch wenn hierfür keine passenden Kunden vorhanden sind.
- Statistik nimmt einen großen Raum ein.

Wir bitten dringend, diese Gedanken und Informationen bei der Entscheidung für die Optionskommune mit einzubeziehen.

Mit freundlichem Gruß

Kowalski